

II-~~1729~~ der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE786 /A.B.
zu 778 /J.
Präs. am 10. Nov. 1972

Wien, am 6. November 1972

Zl. 19.630-Präs.G/72

Parlamentarische Anfrage Nr. 778/J
der Abgeordneten Dr. Stix, Dr. Schmidt,
Meißl und Genossen betreffend Zulassung
von Kraftfahrzeugen - Rationalisierungs-
maßnahmen

An den
Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament

In Beantwortung der schriftlichen Anfrage Nr. 778/J, betreffend
"Zulassung von Kraftfahrzeugen - Rationalisierungsmaßnahmen",
die die Abgeordneten Dr. Stix, Dr. Schmidt, Meißl und Genossen
am 12. Sept. 1972 an mich richteten, beehre ich mich, folgendes
mitzuteilen:

Zu Frage 1:

Aus den eingeholten Berichten der Kraftfahrbehörden geht hervor,
daß die Anträge auf Zulassung von Kraftfahrzeugen und Anhängern -
ausgenommen bei der Bundespolizeidirektion Innsbruck und den
Bezirkshauptmannschaften Schwaz und Kufstein - in ganz Österreich
durchwegs grundsätzlich noch am Tage des Einbringens des
Antrages der Erledigung zugeführt werden. Aber auch bei den
vorerwähnten drei Behörden werden die Anträge grundsätzlich
spätestens an dem dem Tag ihrer Einbringung folgenden Tag erledigt.
Dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie sind
bisher auch keine Klagen über Verzögerungen von Erledigungen von
Zulassungsanträgen bekannt geworden.

DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Anregungen und Vorschläge für Vereinfachungen des Verfahrens werden einer eingehenden Prüfung auf ihre Durchführbarkeit zugeführt und nach den vorhandenen Möglichkeiten realisiert. Grundlegende Änderungen erfordern allerdings den Einsatz modernster Hilfsmittel sowohl hinsichtlich der büroorganisatorischen Einrichtungen (Laufband, Aktenlifte u.dgl.) als auch elektronischer Anlagen. Maßnahmen dieser Art würden wohl beträchtliche Erhöhungen des Sachaufwandes und Personalerfordernisse verursachen. Diese Erfordernisse fallen aus behördenorganisatorischen Gründen in die Zuständigkeit der der jeweiligen Kraftfahrbehörde übergeordneten Dienstbehörde, also bei den Bezirksverwaltungsbehörden jeweils der zuständigen Landesregierung und bei den Bundespolizeibehörden des Bundesministers für Inneres.

Zu Frage 2:

Informationen über Rationalisierungsmaßnahmen in anderen Staaten wie z.B. in der Bundesrepublik Deutschland oder in Belgien liegen vor. Diese Maßnahmen beruhen im wesentlichen auf dem Einsatz moderner technischer Einrichtungen insbesondere auch von EDV-Anlagen.

